HAW Hamburg für internationale Solidarität

Antrag des StuPa an den Hochschulsenat

An der Universität Hamburg wurde am 12. Und 13. April der Kongress „Academia under Attack“[1] zur verheerenden Bildungssituation in Palästina ausgerichtet. Denn inzwischen sind alle 12 Hochschulen im Gaza-Streifen zerstört worden (vgl. https://www.educationcluster.net/country/occupied-palestinian-territory). Ohne zuverlässige Versorgung mit Elektrizität ist selbst ein Online-Studium kaum zu realisieren. Für die jungen Menschen in Gaza bedeutet dies nicht nur den Verlust ihrer Ausbildungs- und Entwicklungschancen, sondern auch den Verlust ihrer Zukunft. Eine ganze Generation wird ihrer Perspektiven beraubt, bleibt in Isolation gefangen und ist zutiefst traumatisiert. Die Möglichkeit, den Gaza-Streifen zu verlassen, um ihr Studium anderswo fortzusetzen, ist den Studierenden versperrt.

Besonders tragisch ist, dass die palästinensischen Universitäten einst ein leuchtendes Beispiel für den Nahen Osten waren. Mit dem höchsten Anteil an Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen in der Region setzte Palästina Maßstäbe, nicht zuletzt durch den bemerkenswert hohen Anteil weiblicher Studierender, der über 60 % betrug (vgl. https://fobzu.org/education-in-palestine/). Diese Errungenschaften sind nicht nur Zeichen eines tief verwurzelten Bildungsstrebens, sondern auch Ausdruck der Hoffnung und des Potenzials einer ganzen Gesellschaft.

Es ist unsere gemeinsame Verantwortung, nicht wegzuschauen. Eine Generation von Talenten, Träumen und Perspektiven darf nicht verloren gehen. Bildung ist nicht nur ein Schlüssel zur persönlichen Entwicklung, sondern auch zur Wiederherstellung von Frieden und Gerechtigkeit.

Andere Hochschulen haben bereits vergleichbare Programme initiiert, wie etwa die University of Oxford (vgl. https://www.ox.ac.uk/admissions/graduate/fees-and-funding/fees-funding-and-scholarship-search/crisis-scholarship-scheme), die Initiative Palestinian Students & Scholars At Risk (PSSAR) in Kanada (vgl. https://pssar.ca) oder die Universities of Sanctuary in Großbritannien (vgl. https://universities.cityofsanctuary.org).

Deshalb hat das Studierendenparlament auf seiner Sitzung am 10.07. folgenden Antrag an den Hochschulsenat einstimmig beschlossen:

Der Hochschulsenat der HAW Hamburg bittet das Präsidium,

- sich gegenüber der Wissenschaftsbehörde und dem Senat der Freien und Hansestadt Hamburg dafür einzusetzen, dass Studienplätze und Stipendien für palästinensische Studierende bereitgestellt und bekannt gemacht werden. Darüber hinaus möge sich bei der Bundesregierung dafür eingesetzt werden, dass die entsprechenden Visa unbürokratisch und zeitnah erteilt werden.
- sich innerhalb der Hochschulrektorenkonferenz dafür einzusetzen, dass bundesweit Initiativen zur Unterstützung palästinensischer Kommiliton:innen und Kolleg:innen ergriffen werden – etwa in Form von Stipendienprogrammen, Finanzierung von Studiengebühren, digitalen Lehr-/Lernangeboten und Summer Schools.

Darüber hinaus bittet der Hochschulsenat das Präsidium gemeinsam mit dem International Office zu beraten und zu prüfen, mit welchen palästinensischen Hochschulen derzeit Kontakte bestehen und zu prüfen, mit welchen Hochschulen Kooperationen angebahnt werden können und in einer seiner nächsten Sitzungen dazu zu berichten.

Kommt zum Hochschulsenat und sprecht mit!
am 24.07. um 14 Uhr, Behandlung des Antrags gegen 15:30 Uhr
In Raum 10.23 „Alsterblick“ in der Alexanderstraße 1

[1] http://www.academia-under-attack.org/

Bitte wenden

Zum Grund des Antrags:

Der Zugang zu Bildung ist ein Menschenrecht, deren Verwirklichung unser aller Aufgabe ist. Daher ist der alltägliche Kampf der Menschen in Palästina um Würde und Perspektiven für die Zukunft (z.B. indem sie Bildungseinrichtungen auch nach mehrmaliger Zerstörung wieder aufbauen) zu unterstützen. Wir können aus unserer Hochschule in Hamburg, das sich der Völkerverständigung verschreiben hat, die genannten Maßnahmen als erste Schritte für den Zugang zu Bildung ansehen. Denn aktuell wird nicht Mitleid, sondern unsere aktive Solidarität gebraucht (siehe auch die Begründung des Beschlusstextes der UHH).
Der Antrag zahlt außerdem auf die Ziele 1, 5 und 7 der Internationalisierungsstrategie[2].

Zum Hintergrund des Nahost-Konflikts:

Seit Jahrzehnten wird ein geopolitischer Konflikt auf dem Rücken der Menschen, die im Nahen Osten wohnen, ausgetragen. Er ist Ergebnis der skrupellosen, kolonialen Expansionspolitik europäischer Mächte im 20. Jahrhundert. Es ist die ausbeuterische Politik westlicher Länder mit Regime Changes oder offenem Krieg, welche die gegenwärtigen autoritäre Regimes im Iran und den Golf-Staaten hervorgebracht hat. Die westlichen geopolitischen Interessen (insb. Öl sowie ökonomisch und militärisch strategische Lage) sollen mit der völkerrechtswidrigen Politik der israelischen Regierung durchgesetzt und mit rassistischen Gut-Böse-Einteilungen verschleiert werden.

Der Staatsgründung Israels ging die koloniale Aufteilung des Osmanischen Reichs zwischen England und Frankreich für die Kontrolle der Erdölreserven und dem Suez-Kanal voraus. Schon ab 1917 schickte England dafür viele jüdische Siedler zur Ansiedlung nach Palästina. Diese Politik wurde 1948 mit der Vertreibung der dort lebenden Menschen und der Annektion von rund 80 % des palästinensischen Staatsgebiets mit der Gründung des Staats Israel fortgesetzt. Seitdem wird das israelische Staatsgebiet ausgedehnt, mit der schrittweisen Enteignung weiteren palästinensischen Landes, dem Ausbau von israelischen Siedlungen und damit verbunden der brutalen Unterdrückung der palästinensischen Bevölkerung – der aktuelle Genozid ist die Zuspitzung dieser über 70 Jahre betriebenen Politik unter dem Deckmantel der „Selbstverteidigung“, die Völkerrechtlich in der Besatzungssituation nur der palästinensischen Bevölkerung zusteht.

Dass es bis heute nicht gelungen ist, die ursprüngliche UN-Resolution zur Gründung zweier Staaten Israel und Palästina und einen dauerhaften Frieden durchzusetzen, liegt wesentlich an den westlichen NATO-Staaten. Israel ist ihr wichtigster Verbündeter in der geopolitischen Auseinandersetzung um strategische Ressourcen, Absatzmärkte und Handelsrouten im Nahen Osten. Die deutsche Regierung lieferte bereits 1957 200 Panzer und sechs raketengestützte Schiffe und U-Boote und ist heute nach den USA der zweitgrößte Waffenlieferant Israels.

Die militärische Unterstützung Israels wird durch die Verdrehung der Konsequenzen aus dem Faschismus zur „Staatsräson“ erklärt. Schon in den restaurativen 50er Jahren diente militärische Unterstützung als Teil der „Wiedergutmachung“. Sie diente zudem als Legitimation für die Wiederbewaffnung der BRD im Interesse der Rüstungskonzerne, gegen das im Grundgesetz verankerte Friedensgebot.
Die einzige Schlussfolgerung aus den Menschheitsverbrechen des deutschen Faschismus ist die universelle Durchsetzung der Menschenrechte für alle. Um dazu einen Beitrag zu leisten, braucht es praktische Solidarität innerhalb der Wissenschaftscommunity und Studierendenschaften weltweit.

---

[2] Aus der Internationalisierungsstrategie (https://www.haw-hamburg.de/fileadmin/International/PDF/Internationalisierungsstrategie_18/HAW_Hamburg_Internationalisierungsstrategie_20240715.pdf):

Ziel 1: Entwicklung und Förderung einer weltoffenen Einstellung und Willkommenskultur, der Wahrnehmung globaler Verantwortung und des Erwerbs interkultureller Kompetenzen bei allen Hochschulangehörigen.

Ziel 5: Aufbau und Pflege von internationalen Partnerschaften und Kooperationen mit anderen Einrichtungen in ausgewählten strategischen Regionen.

Ziel 7: Sensibilisierung für politische, soziale, wirtschaftliche und ökologische Entwicklungen und Transformationen in unterschiedlichen Weltregionen und Förderung einer kritischen, solidarischen und wissenschaftlich begründeten global citizenship in Ausübung durch die Hochschulmitglieder.

V.i.S.d.P. StuPa HAW Hamburg, Berliner tor 11, 20099 HH